

Wir sollten den Wolf unterstützen

Der Wolf ist ein geschütztes Tier, das natürlich eingewandert ist. Jetzt haben wir die Aufgabe zu schauen, dass er hier leben kann. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass die Schäden bei den Nutztieren, namentlich bei den Schafen, nicht zu gross sind. Die Kosten, die der Bund im Zusammenhang mit dem Wolf ausgibt, sind vor allem zum Schutze dieser Nutztiere.

Erfahrungen mit dem Wolf in freier Wildbahn haben wir in der Innerschweiz fast keine. Wir stehen am Anfang eines Lernprozesses. Vor über 30 Jahren war das ähnlich, als der

STANDPUNKT

Luchs in unseren Wäldern heimisch wurde. Im Gegensatz zum Wolf wurde der Luchs im Kanton Obwalden 1971 von Menschenhand wieder angesiedelt. Der Luchs verursachte anfänglich grössere Schäden an Nutztieren als heute. Diese Schäden sind deutlich zurückgegangen, obwohl die Luchsdichte in den letzten Jahren eher zugenommen hat. Heute reisst der Luchs sehr selten ein Nutztier. Ich vermute, dass das daher kommt, dass sich der Luchs daran gewöhnt hat, in unseren Wäldern Wildtiere zu jagen. Ich kann mir vorstellen, dass dies auch beim Wolf in einigen Jahren der Fall sein kann.

Ich sehe noch einen anderen Grund, wieso wir dem Wolf eine Chance geben sollen und die von ihm verursachten Kosten heute in Kauf zu nehmen haben. Wir müssen lernen, auch etwas zu bewahren, das uns nicht direkt und sofort etwas nützt. Dazu braucht es eine Mentalitätsänderung von uns. Eine Erhaltung und Förderung der Biodiversität sind wir den nächsten Generationen schuldig. Wolf und Luchs sind in unsere Wälder zurückgekehrt, auch andere nicht nutzbare Tiere wie zum Beispiel das Auerwild wurden bei uns heimisch. Das ist ein Zeichen eines intakten Lebensraums und sollte von uns grundsätzlich unterstützt werden.

PETER LIENERT

HINWEIS

► Peter Lienert ist Kantonsoberrichter im Kanton Obwalden. Den Artikel zum Thema finden Sie auf Seite 21. ◀

Eine Stunde und vierzig Minuten: Nie zuvor hatte ein russischer Präsident eine längere Jahresbotschaft gehalten. Und nie zuvor hatte ein Staatschef der versammelten russischen Elite so deutlich die Leviten gelesen. «Wir haben in den vergangenen Jahren nicht genug getan, um die Probleme zu lösen», konstatierte Dmitri Medwedew am Donnerstag im prunkvollen Georgijewski-Saal des Kremls. Er beklagte insbesondere die «primitive Struktur» der russischen Wirtschaft, die wie bereits zu Sowjetzeiten fast ausschliesslich vom Erdöl- und Gasexport abhängt. Medwedew versprach folglich eine «allseitige Modernisierung», die sich erstmals in der russischen Geschichte auf «demokratische Werte und Institutionen» stützen werde.

Auf den ersten Blick scheint dies eine schonungslose Kritik an seinem Amtsvorgänger und jetzigem Premierminister Wladimir Putin zu sein, der ebenfalls im Publikum sass. Unter der Führung des ehemaligen KGB-Offiziers wurden Freiheits- und Eigentumsrechte der russischen Bürger seit dem Jahr 2000 zunehmend eingeschränkt. Eine grassierende Korruption und staatliche Willkür verhinderten in der Folge eine Diversifizierung der russischen Wirtschaft. Derweil setzte Putin seine engsten Freunde und Weggefährten an die Spitze wichtiger Industrieunternehmen.

Optimistische Beobachter erkennen in Medwedews Rede den ernsthaften Versuch, sich aus dem Schatten seines politischen Ziehvaters zu lösen. Für die Pessimisten ist und bleibt Medwedew jedoch «Putins Handschuh». Seine Aufgabe soll es dabei sein, den liberalen oder einfach unzufriedenen Teilen der Gesellschaft, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu bewahren. Auch für den Westen – so die Skeptiker – diene Medwedew als blosser Beruhigungspille.

Welches der beiden Erklärungsmuster der Realität entspricht, kann zurzeit nicht abschliessend beantwortet werden. Blickt man jedoch auf Medwedews bisherige Amtszeit zurück, spricht mehr für die pessimistische Variante. Putins «Kronprinz» hatte bereits im Wahlkampf 2007 liberale und rechtsstaatliche Reformen versprochen. Doch seinen Worten liess er seither keinerlei Taten folgen. Im Gegenteil: Mit zwei wichtigen Neuerungen zementierte der neue Kremlchef das autoritäre Regime seines Vorgängers zusätzlich.

Mit Medwedews Unterschrift wurden in diesem Jahr erstmals die Amtszeiten des Präsidenten von vier auf

Im Zweifel für Putin

ANALYSE



Christian Weisflog, Moskau, zur Jahresbotschaft von Dmitri Medwedew

nachrichten@neue-lz.ch

sechs Jahre und jene der Parlamentarier von vier auf fünf Jahre verlängert. Zweitens wird der Vorsitzende des russischen Verfassungsgerichts nun künftig nicht mehr wie bisher vom Richterkollegium selbst gewählt, sondern direkt vom Präsidenten vorgeschlagen.

An Medwedews demokratischen Reformappellen sind daher ernsthafte Zweifel angebracht. Auch, weil er nun ausgerechnet Putins Regierung mit der Umsetzung seiner Modernisierungsideen betraute. Jene Kreise also, die für den Schlamassel verantwortlich sind, den Medwedew beklagt. Jeder andere Präsident hätte nach solch einer schonungslosen Kritik sein Kabinett zum Teufel gejagt. Doch dazu fehlt Medwedew nicht nur der Mut, sondern auch die Macht.

Bis heute verfügt der russische Präsident weder über eine eigene Mannschaft, geschweige denn über eine eigene Partei. Selbst seine Verwaltung wird von Personen geleitet, die früher bereits zu Putins engsten Beratern gehörten. Derweil ist Premierminister Putin auch Vorsitzender der Mehrheitspartei «Einiges Russland», die sämtliche Parlamente auf allen staatlichen Ebenen kontrolliert.

Diese Hierarchie steckt auch immer noch in den Köpfen der russischen Bürger. Sie haben Medwedew gewählt, weil Putin es so wollte. Mit Putins Person und nicht mit den hohen Rohstoffpreisen assoziieren die Russen auch den Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre. Russland ist von der globalen Krise zwar hart betroffen, doch der Mythos Putin hat sich bislang als stärker erwiesen.

Wirklich «offene Diskussionen», wie sie Medwedew indessen am Donnerstag forderte, würden diesen Mythos und damit das ganze System Putin einstürzen lassen. Ein solches Risiko scheint der russische Präsident aber nicht eingehen zu wollen. Dafür reicht auch sein Vertrauen in die demokratische Reife des russischen Volkes nicht aus. «Jegliche Versuche, den Staat zu destabilisieren und die Gesellschaft zu spalten, werden unterbunden», warnte Medwedew in seiner Jahresbotschaft. Im Zweifel dürfte er sich deshalb auch in Zukunft an Putin halten.



Putin dürfte ihm im Nacken sitzen: Dmitri Medwedew.

REUTERS

SRG-Gebühren

Sollen künftig alle Haushalte Gebühren bezahlen?

Der Bund prüft neue Modelle zur Erhebung der SRG-Gebühren. Eines davon: Jeder Haushalt, egal ob mit oder ohne Empfangsgerät, soll zahlen müssen. Das sorgt für Widerstand.

Auch das Handy ist Empfangsgerät

Die technische Entwicklung im Radio- und Fernsehbereich, insbesondere die Digitalisierung und Internetisierung, hat begonnen, der bisherigen Form der Gebührenerhebung den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Die Gebührenpflicht ist bisher an das Vorhandensein von speziellen Empfangsgeräten in einem Haushalt geknüpft: Wer kein Radio besitzt und keinen TV-Apparat, muss auch nichts zahlen. Das ist logisch und muss beibehalten werden. Wer will schon für etwas zahlen, das er weder bestellt hat noch konsumiert? An diesem Punkt muss das Bakom nachbessern.

Recht hat das Bakom aber, wenn es versucht, die technologische Entwicklung mit anderen Methoden der Gebührenerhebung nachzuvollziehen. Ein Empfangsgerät ist heute nicht mehr dasselbe wie vor ein paar Jahren. Auch ein Handy ist ein Empfangsgerät für Radio- und Fernsehprogramme geworden, auch ein PC ist eines. Da wäre es mehr als ungerecht, nur denen die Gebühren abzuknöpfen,

Hans-Jürg Fehr*



fen, die noch mit traditioneller Technologie Programme konsumieren und den «Modernen» den Gratisempfang zu gestatten.

Eine solche Ungleichbehandlung wäre nicht nur ungerecht, sie wäre auch gefährlich für die finanzielle Lage der SRG: Weil immer mehr Leute zu den «Modernen» gehören werden und immer weniger zu den «Traditionellen», drohen die Einnahmen zu schrumpfen und mit ihnen die Programmangebote. Das ist aber das Gegenteil von dem, was das Publikum will. Es will gute Programme. Die haben ihren Preis und den sollen alle bezahlen, die Radio hören und in die Glotze gucken.

HINWEIS

► * Hans-Jürg Fehr ist Schaffhauser SP-Nationalrat. ◀

Haushaltssteuer ist unfair

Eine Gebühr, die alle zu bezahlen haben, ist keine Gebühr, sondern eine Steuer – in diesem Fall eine Haushaltssteuer. Die finanzielle Belastung durch die SRG würde zwar auf mehr Haushalte verteilt und für den einzelnen geringer ausfallen, jedoch nur vorübergehend. Mit der Zeit wird diese neue Haushaltssteuer genauso steigen wie die Gebühr von heute und führt damit längerfristig auch zu einer grösseren Belastung.

Selbst die Politik hat mittlerweile bemerkt, dass der Begriff «Empfangsgerät» nicht geeignet ist, um davon eine Gebührenpflicht abhängig zu machen – dies, seit vor etwa 50 Jahren die ersten multifunktionalen Geräte auf den Markt gebracht wurden. Genauso ist die Erhebung pro Haushalt nicht mehr zeitgemäss. Bei der Entwicklung der Haushaltsstruktur ist in den letzten Jahrzehnten vor allem die Anzahl der Einpersonenhaushalte gewachsen. Vergleicht man die Anzahl Konsumenten pro Haushalt, werden die Einpersonenhaushalte um ein Vielfaches mehr belastet als ein Familienhaushalt. Am stärksten



Michael Caviglia*



belastet werden bei einer Steuer oder Gebühr pro Haushalt die Alleinerziehenden. Familien, die getrennt leben müssen, müssen so nicht nur zwei Haushalte mit Mietzins, Telefon, Internet, Strom etc. finanzieren, sondern auch noch die doppelte Rundfunkgebühr entrichten.

Eine neue Steuer pro Haushalt kommt nicht in Frage. Radio- und Fernsehprogramme werden von Konsumenten konsumiert, und danach soll sich auch eine Gebührenerhebung orientieren. Eine tiefere Gebühr darf nicht nur vorübergehend durch Umverteilung der Last zu Stande kommen, sondern dauerhaft durch Einsparungen und alternative Finanzierungsmodelle.

HINWEIS

► * Michael Caviglia gehört zu den Gründern der Aktion «Bye Bye Billag», welche die Abschaffung der Billag fordert (www.byyebillag.ch) ◀